

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail
Datum

**Geschäftsführung
Ausschuss für Stadtentwicklung,
Wirtschaft und Bauen**
Angelika Sauer
563 66 28
563 80 50
Angelika.Sauer@stadt.wuppertal.de
08.11.10

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung,
Wirtschaft und Bauen (SI/0500/10) am 03.11.2010**

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Müller ,

von der CDU-Fraktion

Herr Dirk Kanschat , Herr Jan Phillip Kühme , Herr Michael Schulte , Herr Rainer Spiecker
(ab 16.25 Uhr, zu TOP 2.1), Herr Michael Wessel (bis 18.05 Uhr, TOP 8),

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen , Herr Thomas Kring , Herr Frank Lindgren , Herr Wilfried Michaelis ,
Herr Klaus Jürgen Reese ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Lorenz Bahr-Hedemann , Frau Anja Liebert , Herr Klaus-Dieter Lüdemann ,

von der FDP-Fraktion

Herr Alexander Schmidt ,

von der Fraktion DIE LINKE

Frau Elisabeth August ,

von der WfW-Fraktion

Herr Heribert Stenzel ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter , Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper , Herr Hugo Benten Sattler

als Gäste

Herr Matthias Haschke , Herr Rolf Volmerig

Oberbürgermeister

Herr Peter Jung (bis 18.05 Uhr, TOP 8),

Vertreter der Verwaltung

Herr Beigeordneter Frank Meyer , Herr Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig (bis 17.05 Uhr, TOP
3.2), Herr Jochen Braun, Herr Michael Walde ,

Schriftführerin

Frau Angelika Sauer

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18.15 Uhr

Der Vorsitzende verweist auf die ausliegenden Tischvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5.

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht und Aussprache über die Maßnahmen von Wuppertal Marketing Berichterstattung Herr Haschke WMG

Herr Haschke erläutert anhand eines Beispiels die Arbeit des Stadtmarketings. Ausgangspunkt sind die konkreten Zielsetzungen in den Wuppertaler Leitlinien zur Stadtentwicklung (die Umkehr der Stadtflicht) sowie den Handlungsprogrammen Wohnen (Attraktivität der Stadt nach außen verstärken) und demografischer Wandel (Wanderungsbilanz und Bildungschancen verbessern). Die Umsetzung erfolgt im Arbeitskreis Marketing. Als 1. Zielgruppe wurden Studenten ausgewählt, die zielgruppengerechte Ansprache erfolgt durch Beigabe von Werbematerial an die Zulassungsbescheide. Im Ergebnis stieg die Zahl der Erstsemester von 2.200 in 2009 auf 2.800 in 2010, dies vor dem Hintergrund, dass die Berg. Uni eine sog. Pendleruni ist – lediglich 17% der Studenten wohnen in Wuppertal. Darüber hinaus gibt es Stadtrundgänge sowie eine mit der Uni erstellte Internetplattform speziell für Studenten. Herr Haschke bittet die Ausschussmitglieder um Unterstützung und Weiterreichung des Links und stellt eine Mappe mit Unterlagen zur Verfügung. Für Anregungen steht er jederzeit zur Verfügung.

Für 2011 ist geplant, gemeinsam mit der WSW AG die Schwebebahn stärker zu bewerben.

Der Vorsitzende lobt das für Gäste der Stadt zur Verfügung stehende Werbematerial, insbesondere den kleinen Faltpfad, der auch Sehenswürdigkeiten abseits der Schwebebahn beinhaltet.

Auf Fragen der Herren Stv. Schmidt und Stv. Schulte führt Herr Haschke aus, über das Forum Wohnstandort sei man mit vielen Gruppen aus dem Immobilienbereich in Kontakt, als nächste Zielgruppe würden Pendler angesprochen.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Döppersberg sei das WMG beratend tätig. Bezüglich des im nächsten Jahr in Düsseldorf stattfindenden Eurovision Song Contest würden Gespräche mit verschiedenen Akteuren geführt. Ziele seien, viele Übernachtungsgäste nach Wuppertal zu holen und diesen Anreize zum Wiederkommen zu geben sowie eine grundsätzliche Zusammenarbeit mit den Messestädten.

Der Vorsitzende dankt Herrn Haschke für seine Ausführungen.

2 Öffentliche-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Schwelm über die Erschließung des Baugebietes Nr. 1018 an der Steinhauser Bergstraße Vorlage: VO/0703/10

Herr Lüdemann macht für seine Fraktion Beratungsbedarf geltend und bittet um Vertagung.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**3.1 Evaluierung der Arbeit der Bergischen Entwicklungsagentur
Sachstandsbericht zur Umsetzung des Ratsauftrages
Berichterstattung Dr. Slawig**

Herr Dr. Slawig gibt einen Zwischenbericht zur Evaluation, um die Fragestellungen darzustellen und Trendaussagen zu treffen. Der schriftliche Bericht wird den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Marketing sowie für Finanzen und Beteiligungssteuerung in den Dezember-Sitzungen vorgelegt.

Er stellt zunächst fest, dass kein Zweifel an der Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit bestehe. Mit der Evaluation werde nicht die Weiterführung der BEA infrage gestellt, sondern die Ausgestaltung in Bezug auf Effizienz und Effektivität der Aufgabenerledigung anhand folgender 8 Fragestellungen überprüft:

1. Wie kann der Informationsfluss und die Einbindung der Politik auf regionaler und kommunaler Ebene verbessert werden.

In dem auf regionaler Ebene installierten Lenungskreis habe man nicht genügend Möglichkeiten, inhaltlich Einfluss zu nehmen. Daher müsse dessen Arbeitsweise verändert werden. Auf kommunaler Ebene sei es erforderlich, frühzeitig die politischen Gremien (Ausschüsse für Stadtentwicklung sowie Finanzen) einzubinden, um über aktuelle Projekte der BEA zu informieren und um Ideen und Anregungen zur Arbeit der BEA zu formulieren.

2. Kerngeschäft Akquisition von Fördermitteln

Hier sei zunächst eine Erfolgskontrolle notwendig. Weiterhin bestehe dringender Handlungsbedarf, vor allem um die Einwerbung von Ziel II Mitteln zu verbessern.

3. Gewichtung der Akquisition von Fördermitteln zu anderen Aufgaben

Tourismus habe sich zu einem deutlichen Schwerpunkt entwickelt, es sei offen zu diskutieren, ob diese Gewichtung zu groß sei und wo die Inhalte für Wuppertaler Politik und Verwaltung liegen.

4. Rolle der BEA innerhalb der Regionalplanung und Regionalentwicklung

Aufgrund der Weiterentwicklung der Regionalplanung sei die Rolle der 3 berg. Städte und der BEA zu definieren: BEA als Dienstleister der federführenden Städte oder soll die BEA eigenständige Aufgaben übernehmen? Letzteres liege nicht im Wuppertaler Interesse, Träger des Planungsprozesses seien die 3 Städte.

5. Überprüfung der Aufgaben auf die BEA durch die Städte

Wuppertal wolle keine weiteren Aufgaben übertragen und wünsche eine Konsolidierung. Die Haltung der Städte Solingen und Remscheid sei möglicherweise eine andere, dann müsse die Finanzierung geklärt werden.

6. Rollenverteilung Stadtverwaltung Wuppertal und BEA

Schnittstellen von Stadtplanung und –entwicklung zur BEA sind zu definieren; vor allem ist die Frage zu klären, welche Ressourcen die Stadt zur Fördermittelakquise selbst vorhalten sollte; möglicherweise müssten auch die vorhandenen städtischen Ressourcen ausgeweitet werden, um die Rolle als Auftraggeber gegenüber der BEA zu verstärken.

7. Haben alle Gesellschafter das gleiche Verständnis von der Rolle der BEA?

Konsens oder Schnittmenge erarbeiten.

8. Finanzierung von Eigenanteilen bei bestimmten Projekten

Unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten ist zu klären, wie die erforderlichen Eigenmittel bereit gestellt werden können.

Parallel zur Evaluation finde auch innerhalb der BEA eine Diskussion zum Selbstverständnis statt. Die Neuausrichtung BEA/Stadt Wuppertal erfolge ohne Aufregung. Die regionale Zusammenarbeit werde hierdurch nicht infrage gestellt.

Es schließt sich eine Diskussion mit Wortbeiträgen der Herren Stv. Schmidt, Dr. Slawig, Stv. Bahr, OB Jung, Stv. Reese und Dr. Volmerig an.

Herr Stv. Schmidt begrüßt die Evaluation, bezweifelt jedoch die Richtigkeit der von ihm empfundenen Intention, Aufgaben der BEA in die Verwaltung zurück zu holen und die BEA mit möglichst wenigen Aufgaben unselbständig zu halten.

Herr Dr. Slawig wiederholt, es werde überprüft, ob die übertragenen Aufgaben wirtschaftlich und effektiv erledigt würden. Fehlentwicklungen sollten beseitigt werden, eine Nachbesserung liege im Interesse aller Gesellschafter. In Solingen und Remscheid werde keine Evaluation durchgeführt, aber beide bringen sich aktiv in die innerhalb der BEA geführte Grundsatzdiskussion ein. Darüber hinaus würden Gespräche zwischen den Städten geführt.

Herr Stv. Bahr ist dankbar, dass der Untersuchungsprozess angestoßen ist und wundert sich darüber, dass die anderen Städte sich nicht gleichermaßen verhalten.

Herr OB Jung verweist auf das Selbstverständnis der verschiedenen Gesellschafter im Umgang mit der BEA. Die Ergebnisse der Evaluation flößen in die Eigendiskussion der BEA ein.

Herr Dr. Slawig ergänzt, es sei sinnvoll, ernsthaft zu planen, in der Verwaltung bestimmte Ressourcen zu stärken – vor allem im Hinblick auf die Fördermittelakquisition. Er wirbt dafür, sich gerade in der Stadt Wuppertal im Hinblick auf Energieeffizienz entsprechend organisatorisch und personell aufzustellen.

Herr Stv. Reese stellt fest, der Umfang der Evaluation entspreche den Erwartungen. Die regionale Zusammenarbeit werde nicht infrage gestellt, die Verantwortung der Stadträte gehe jedoch nicht verloren durch die Aufgabenübertragung auf die regionale Ebene. Es sei richtig, die Ressourcenverteilung im Hinblick auf die Fördermitteleinwerbung zu betrachten und wichtig, mehr Transparenz zu schaffen und die politische Einbindung bei der Aufgabenpriorisierung zu verbessern.

Herr Dr. Volmerig teilt mit, in Remscheid und Solingen finde eine rege Diskussion auf Gesellschafterebene statt. Der Prozess werde positiv aufgenommen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Dr. Slawig für den ausführlichen Bericht.

3.2

**Bergische Entwicklungsagentur
Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.09.10
Vorlage: VO/0765/10**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

3.3 Bergische Entwicklungsagentur
Antwort der Verwaltung
Vorlage: VO/0765/10/1-A

Herr Dr. Slawig und Herr OB Jung führen auf Nachfrage von Herrn Stv. Schmidt aus, dass mittlerweile das Kontingent der Personalgestellung durch den Wechsel einer Verwaltungsmitarbeiterin zur BEA wieder erfüllt wird. Zeitweise war dies aufgrund der haushaltsrechtlichen und personalwirtschaftlichen Vorgaben der Bezirksregierung sowie der Wahl von Herrn Middeldorf zum Geschäftsführer nicht der Fall.

Informationen aus der Zukunftskommission unter Leitung von Herrn Hauck liegen noch nicht vor, dies erfolgt ggf. in der nächsten Gesellschafterversammlung.

Die Ausführungen der Verwaltung werden entgegen genommen.

4.1 Neugestaltung Döppersberg - Bericht
Vorlage: VO/0898/10

Herr Meyer verweist auf die umfangreiche bisherige Information des Ausschusses. In Bezug auf den Vorwurf mangelnder Kommunikation stellt er fest, dass es seit der letzten Berichterstattung keine Änderungen gibt. Er geht auf die Inhalte der vorliegenden Drucksache ein und betont, dass vor 2012 nichts an der B7 geschehe. Ein dezidierter Bauzeitenplan kann erst erstellt werden, sobald feststeht, mit welchem Unternehmen gebaut wird.

Frau Stv. Liebert ruft die Ausschussmitglieder dazu auf, das Projekt offensiv zu unterstützen. Die Sperrung der Straße Döppersberg bewirke die ersten Auswirkungen auf die Bürger.

Herr Sattler bedankt sich auch im Namen des Einzelhandelsverbandes für die Durchführung der Informationsveranstaltung.

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

4.2 Döppersberg
Vorbereitende Arbeiten der WSW AG
Vorlage: VO/0864/10

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegengenommen.

5.1 Investitionsbedarf für die Nordbahntrasse
Große Anfrage der WFW-Fraktion vom 11.10.10
Vorlage: VO/0818/10

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.4 zu vertagen, heute hierzu Fragen zu formulieren und das Thema Nordbahntrasse ausführlich in der nächsten Sitzung zu beraten.

Herr Stv. Reese stimmt zu und bittet zu nächsten Sitzung zusätzlich um einen aktuellen Sachstandsbericht zu den Gesprächen mit der Wuppertal-Bewegung.

Herr Stv. Stenzel wird seine Fragen schriftlich einreichen.

Herr Stv. Schmidt fragt nach dem Umgang mit den Stellungnahmen von Sprockhövel und Ruhrverband zu den hohen Kosten für den Tunnel Schée. Weiter fragt er nach der Aufgabenteilung zwischen dem mit der Projektsteuerung zu beauftragenden Büro und den 2 befristet einzustellenden Ingenieuren.

Herr OB Jung berichtet, dass der Förderantrag für den Außenbereich in Düsseldorf vorliegt und die Förderanträge für den Innenbereich bis Mitte November nachgereicht werden. Bei den aufgeführten Zahlen handele es sich um Obergrenzen. Unter der Voraussetzung, für 20 Jahre einen betriebs sicheren Ausbau zu gewährleisten, würden alle Kostensenkungspotentiale berücksichtigt. Für die Grundlagen der Planung müssten Standards festgelegt werden. Die Wuppertal-Bewegung habe die Kosten zu niedrig angesetzt und den hohen Sanierungs- und Unterhaltungsbedarf der vielen Ingenieurbauwerke nicht ausreichend berücksichtigt. Die zukünftige Projektstruktur werde zur Zeit mit der Wuppertal-Bewegung abgestimmt. Die Kosten in Höhe von 30 Mio € setzen sich zusammen aus 28 Mio € für den Ausbau – hier liegen die Planungen der von der Stadt beauftragten Büros zugrunde - und 2 Mio € für die LED-Ausstattung.

Die weitere Beratung wird in der Sitzung am 08.12.10 fortgesetzt.

5.2 Investitionsbedarf für die Nordbahntrasse - Antwort auf die Große Anfrage der WfW-Fraktion vom 11.10.2010
Vorlage: VO/0818/10/1-A

Die weitere Beratung wird in der Sitzung am 08.12.10 fortgesetzt.

5.3 Zukunft der Nordbahntrasse
Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.10.10
Vorlage: VO/0857/10

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

Die weitere Beratung wird in der Sitzung am 08.12.10 fortgesetzt.

5.4 Zukunft der Nordbahntrasse - Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.10.2010
Vorlage: VO/0857/10/1-A

Die weitere Beratung wird in der Sitzung am 08.12.10 fortgesetzt.

6 Standort Energiewirtschaft und Ressourceneffizienz weiter zu entwickeln
Große Anfrage der WFW-Fraktion vom 19.10.10
Vorlage: VO/0854/10

Die Beantwortung erfolgt in der Sitzung des Ausschusses am 08.12.10.

7 Sachstandsbericht zur Hochhaussiedlung Rehsiepen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.10.10
Vorlage: VO/0859/10

Herr Meyer berichtet von den durchgeführten Sanierungsarbeiten. Die Abdichtungsarbeiten an den Treppenhausfenstern seien nach Androhung einer Instandsetzungsverfügung abgeschlossen worden. Die schadhafte

Schieferfassaden seien überwiegend instand gesetzt worden; aufgrund unterschiedlicher Eigentümer sei man hinsichtlich verschiedener Häuser in den Straßen Morhennsfeld und Kellersfeld noch mit der Gagfah in Kontakt. Der durch bauliche Mängel hervorgerufene Schimmelbefall sei beseitigt worden. Die durch den Rohrbruch verursachten Schäden würden beseitigt, die betroffenen Mieter wurden umgesetzt.

Verschiedene weitere Mängel seien zeitnah behoben worden.

Es schließt sich eine Diskussion mit Wortbeiträgen der Herren Stv. Lüdemann, Stv. Schmidt, Stv. Reese, Stv. Bahr, Frau Stv. August und Herrn Meyer an. Übereinstimmend wird die Ausschöpfung aller städtischen Möglichkeiten begrüßt.

Die Ausführungen von Herrn Meyer werden ohne Beschluss entgegen genommen.

**8 Sachstandsbericht Metropolregion Rheinland
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.10.10
Vorlage: VO/0860/10**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor.

**8.1 Sachstandsbericht Metropolregion Rheinland
Antwort der Verwaltung
Vorlage: VO/0860/10/1-A**

Herr OB Jung geht ausführlich auf die Inhalte seines Sachstandsberichtes ein. Er habe nach Absprache mit der Oberbürgermeisterin von Remscheid und dem Oberbürgermeister von Solingen an einer Besprechung teilgenommen und für die bergische Region im Rheinland gesprochen. Es sei wichtig, bei der Entstehung der Metropolregion Rheinland dabei zu sein, konkrete Schritte müssten von den Stadträten beschlossen werden.

Herr Sattler verweist auf einen seit 2003 bestehenden Arbeitskreis mit verschiedenen Städten (Aachen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Krefeld), an dem die IHK teilweise beteiligt sei. Herr Sträter plädiere dafür, dass sich die bergischen Städte zunächst selbst ein Profil geben und nach außen mit einer starken Stimme sprechen sollten. Am 25.11.10 werde das Thema bei der Vollversammlung der Kammer mit den bergischen Unternehmern besprochen.

Herr OB Jung betont, alle 3 bergischen Städte würden im weiteren Verfahren eingeladen und auch teilnehmen. Man sei gewillt, als Region Bergisches Land aufzutreten.

Die Stv. Schulte, Reese und Schmidt begrüßen die Initiative.

Der Bericht des Oberbürgermeisters wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1150V - Katernberger Str. / Am Buschhäuschen -
- Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0602/10**

Der Vorsitzende stellt auf Kritik von Herrn Stv. Schmidt fest, nach umfangreicher Beratung im Gestaltungsbeirat sei eine gute Lösung zum Erhalt der denkmalgeschützten Villa und des denkmalgeschützten Gartens gefunden worden. Herr Braun ergänzt, alte bestehende Bauleitpläne hätten ein weit reichenderes Baurecht ausgewiesen. Im Durchführungsvertrag seien genaue Regelungen festgelegt worden. Die Renovierung der Villa erfolge bereits.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

1. Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1150V – Katernberger Straße / Am Buschhäuschen – erfasst einen Bereich, der im Norden durch die Katernberger Straße, im Westen durch die Straße Am Buschhäuschen, im Süden durch eine Waldfläche und im Osten durch die Grundstücksgrenze zur Katernberger Straße Nr. 87 bzw. des niederländisch reformierten Friedhofes gebildet wird, wie dieser in der Anlage 04 näher zeichnerisch dargestellt ist.
2. Die Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1150V – Katernberger Straße / Am Buschhäuschen – wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1. genannten Geltungsbereich beschlossen, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird zeitgleich durchgeführt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit gegen die Stimme der WFW

**10 Aufhebung des Fluchtlinienplans 512 - Rheinstraße -
- Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0695/10**

Die Sitzungsleitung übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt Herr Stv. Reese.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

1. Der Geltungsbereich des Fluchtlinienplans befindet sich in der Verlängerung der Rheinstraße ab dem Geltungsbereich der Bebauungspläne Nr. 983 – Ahrstraße – und Nr. 114 – Rheinstraße –. Der Geltungsbereich ist in der Anlage 01 dargestellt.
2. Die Aufstellung und Offenlegung zur Aufhebung des Fluchtlinienplans 512 wird gem. § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
3. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB kann aufgrund der geringfügigen Auswirkungen bei der Aufhebung des Fluchtlinienplans verzichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

(Der Vorsitzende Herr Stv. Müller hat wegen Befangenheit gem. § 31 GO NRW nicht an Beratung und Beschlussfassung teilgenommen)

**11 Bebauungsplan Nr. 967 - westlich Uni-Halle -
1. Änderung des Bebauungsplans
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0614/10**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. Nr. 967 – westlich Uni-Halle – umfasst die Baufelder 1 und 2 entlang der Cläre-Blaeser-Straße im Stadtbezirk Elberfeld wie in Anlage 03 näher dargestellt.
2. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 967 – westlich Uni-Halle – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB in Verbindung mit § 2a BauGB als Anlage 02 beigefügt. Das Bebauungsplanverfahren wurde im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen. Das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der Fraktion B 90/DIE GRÜNEN

**12 Bebauungsplan Nr. 782 - Gustav-Heinemann-Str./ Westfalenweg -
3. Änderung des Bebauungsplanes
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0688/10**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 782 – Gustav-Heinemann-Str. / Westfalenweg – umfasst eine Straßenfläche im Stadtbezirk Uellendahl-Katernberg, die Straße Am Hundsbusch (s. Anlage 01).

2. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 782 – Gustav-Heinemann-Str./ Westfalenweg – wird gemäß § 10 BauGB als Satzung für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen.
3. Das Bebauungsplanverfahren wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

13

**Bebauungsplan Nr. 609 - Am Krüppershaus -
1. Änderung des Bebauungsplanes
(mit Flächennutzungsplanberichtigung Nr. 39B)
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0690/10**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom
03.11.2010:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 609 – Am Krüppershaus - liegt südlich der Wohnbebauung Holunderweg 15-45 und 58, nord-westlich eines Getränkemarktes, östlich der Wohnbebauung Ampferweg 13 und 15 sowie westlich der Straße Am Krüpperhaus (s. Anlage 01).
2. Der Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 609 – Am Krüppershaus - wird für den unter Punkt 1 beschriebenen Geltungsbereich gem. § 10 BauGB beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
3. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung, wie diese in der Anlagen 02 dargelegt sind behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen (Fraktion B 90/DIE GRÜNEN)

14

**Bebauungsplan Nr. 1148 - Uellendahler Str. / südöstl. Kohlstraße -
- Anordnung einer Veränderungssperre -
Vorlage: VO/0472/10**

Die Beschlussfassung erfolgt ohne Wortmeldungen.

Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen vom 03.11.2010:

Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Satzung über eine Veränderungssperre für das Grundstück Uellendahler Straße 162 in Wuppertal-Elberfeld wird gemäß Anlage 01 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**15 Lärmschutz A 46
Änderung der Maßnahme 22 Clausenhof / Schwesterstraße
Vorlage: VO/0799/10**

Herr Stv. Schulte begrüßt die Vorlage, hält jedoch eine flächendeckende Lärmschutzversorgung der A 46 im Stadtgebiet – vor allem im Bereich der Ausfahrt Wichlinghausen und der Straße Am Bilten - für notwendig.

Die geänderte Lärmschutzplanung an der A 46 im Streckenabschnitt „Clausenhof / Schwesterstraße“, Maßnahme Nr. 22, wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**16 Ikea
mdl. Information**

Herr Dr. Volmerig berichtet, derzeit würden die Daten der Kaufkraftabflüsse ausgewertet. Auf Basis der Bedarfe und der Zusammensetzung werde ein für den Homepark mögliches Angebot erarbeitet. Anschließend erfolge die Auswirkungsanalyse, im April 2011 liege vermutlich das Gesamtgutachten vor. Hinsichtlich der Auswirkungen würden Remscheid, Solingen und die umliegenden Gemeinden einbezogen.

Er erläutert erneut , dass die verkehrliche Andienung durch eine Ertüchtigung des Autobahnkreuzes Nord erfolge, anschließend werde ein Konzept für die innerstädtische Anbindung im Rahmen eines weiteren Gutachtens erarbeitet. Die Straße Mollenkotten sowie die Schmiedestraße würden einbezogen.

Herr Meyer fügt hinzu, das Gutachten werde der Politik vorgestellt und sei im Übrigen Abwägungsmaterial im Planverfahren.

Herr Sattler gibt an, die Vollversammlung der IHK entscheide nicht über ein „ob“ sondern ein „wie“ zur Ansiedlung von Ikea.

Der Vorsitzende bittet um Vorlage eines groben Zeitplanes über die einzelnen Verfahrensschritte, da in den Ausschusssitzungen entsprechende Fragen wiederholt gestellt werden.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Volmerig werden entgegen genommen.